

RATSNOTIZEN

PFAFFENWEILER
Vereine entlasten

Um sowohl die Vereine finanziell, als auch die Verwaltung arbeitstechnisch zu entlasten, verzichtet die Gemeinde Pfaffenweiler auf die Hallengebühren der Vereine im Jahr 2021. Das entschied der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung. Eigentlich werden die Hallengebühren mit den Vereinszuschüssen verrechnet. Weil in der Corona-Pandemie die Batzenberghalle nur einge-

schränkt – wenn überhaupt – genutzt werden konnte, verzichtete man bereits auf die Gebühren für das Jahr 2020. Weil auch 2021 eine normale Nutzung nicht möglich war – wegen Lockdown, Einschränkungen und etwa Personenobergrenzen – machte Rechnungsamtsleiter Lukas Mahler den Vorschlag, auf die etwa 500 Euro, die durch die Gebühren in die Kassen kämen, zu verzichten. Der Verwaltungsaufwand stünde in keinem Verhältnis dazu. Der Rat schloss sich einstimmig an. she

KURZ GEMELDET

EBRINGEN
Historische Exkursion

Das Dorfarchiv in Ebringen, eine Sektion im Breisgau Geschichtsverein Schauins-Land, lädt am Samstag, 19. März, zum gemeinsamen Spaziergang auf den Spuren der Geschichte nach Pfaffenweiler ein. Los geht es zu Fuß um 10 Uhr an der Schönberghalle, Schulstraße 6 in Ebringen. Der Geologe Wolfgang

Werner erzählt unterwegs Interessantes zur Geologie des Schönbergs und des Rheintals, außerdem über die Pfaffenweiler Steinbrüche. In Pfaffenweiler führt Altbürgermeister Fritz Gutsell durch das Dorfmuseum. Eine Einkehr zum Mittagessen ist vorgesehen. Wer den Weg nicht zu Fuß schafft, kann mit dem Pkw nach Pfaffenweiler fahren. Die Teilnahme ist kostenfrei; Anmeldung bei Benno Kuhn, ☎ 07664/ 7885.

ANZEIGE

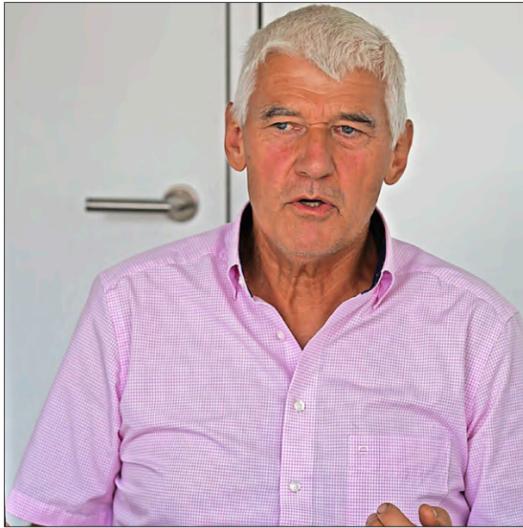
Als unabhängiges Medienhaus nehmen wir den Grundsatz der Chancengleichheit ernst. Deshalb wird Wahlwerbung grundsätzlich von allen zugelassenen politischen Parteien angenommen. Unabhängig davon behalten wir uns eine Ablehnung der Veröffentlichung entsprechend unserer Richtlinien und Geschäftsbedingungen vor.

Frieden ist möglich!
Europa braucht eine neue Sicherheitsarchitektur

- Mit Gefühlen von Ohnmacht, Trauer, Wut und Entsetzen erleben wir die aktuellen Bilder der Zerstörung, von Truppenaufmärschen, von Menschen auf der Flucht, von Schutzsuchenden in U-Bahn-Stationen und Hauskellern. Machen wir uns nichts vor: Trotz des mutigen Widerstands der ukrainischen Streitkräfte, der Regierung und der Zivilbevölkerung, trotz der mit großer Mehrheit verabschiedeten Verurteilung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch die Vollversammlung der UN, und trotz der vielfältigen Solidaritätsbekundungen und Unterstützung aus dem Westen wird Russland mit seiner militärischen Übermacht die Ukraine vermutlich in die Knie zwingen, die Demokratie beseitigen und eine Besatzungsregime installieren. Mit der Folge, dass vermutlich über Jahre hinweg ein blutiger Bürgerkrieg das Land beherrschen wird.
- Wir glauben an die Kraft des zivilen gewaltfreien Widerstands und der zivilen Konfliktbewältigung und lehnen militärische Lösungen sowie jegliche Form gewaltsamer Unterdrückung des Freiheitswillens der Ukrainerinnen und Ukrainer ab.
- Nachgedacht werden, wie danach eine Friedensordnung in Europa aussehen kann. Eine Ordnung, die den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten Rechnung trägt. Egal, wie man zu den Bedrohungsängsten Russlands stehen mag, ob man sie für begründet oder bloß für vorgeschoben hält: Eine neue Sicherheitsarchitektur, ausgehandelt zwischen Russland, den USA, der NATO und Europa und basierend auf neuen vertrauensbildenden Maßnahmen, ist vonnöten. Wechselseitige Aufrüstung und Ausbau des atomaren Bedrohungspotenzials sind keine Lösung.
- Mit diesem Aufruf fordern wir Russland auf, den Angriffskrieg gegen die Ukraine sofort zu beenden. Alle Beteiligten und Betroffenen des Krieges, namentlich Russland, die Ukraine, die USA, die Europäische Union und die NATO werden aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um weiteres Leid und Blutvergießen zu beenden, den Konflikt zu deeskalieren, in Friedensverhandlungen einzutreten und dauerhafte Vereinbarungen über eine neue Sicherheitsarchitektur abzuschließen.
- Insbesondere fordern wir:
 - Sofortiger und absoluter Waffenstillstand und Einstellung aller Kampfhandlungen in der Ukraine.
 - Vollständiger Rückzug der russischen Invasionstruppen aus dem Staatsgebiet der Ukraine.
 - Die Ukraine bleibt als souveräner Staat erhalten und wird vorläufig unter UN-Mandat gestellt, bis der endgültige Status geklärt ist. Die ukrainische Bevölkerung entscheidet in einer freien Volksabstimmung, ob sie zu Russland oder zum Westen gehören will und welche Regierungsform sie wählt.
 - Über die Zugehörigkeit der Krim und der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk entscheidet die dort ansässige Bevölkerung.
 - Zwischen Russland und dem Westen (=NATO und Europa) wird eine geographisch noch genauer zu definierende entmilitarisierte Zone eingerichtet. Diese umfasst neben der Ukraine alle europäischen Länder, die unmittelbar an Russland angrenzen. Innerhalb eines Sicherheitskorridors von 1000 km westlich und östlich der Demarkationslinie zwischen Russland und dem Westen (der Grenzverlauf ergibt sich aus der Zugehörigkeit der Staaten zum jeweiligen Machtbereich) werden keine atomaren Mittelstreckenraketen installiert. Bereits vorhandene Waffensysteme werden abgebaut.
 - Die NATO-Mitglieder unter diesen Ländern verzichten auf die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf ihren Hoheitsgebieten. Vorhandene Raketen werden abgebaut. Das gilt auch für die NATO-Mitglieder Türkei und Norwegen.
 - Für die Behebung der Kriegsschäden in der Ukraine wird ein Wiederaufbaufonds unter der Federführung der UN eingerichtet.

Rüdiger Binkle, Edgar Bohn, Dr. Patrick Brooks, Stefan Brandstätter, Ludwig Brüggemann, Margarete Brugger, Michael Burger, Susanne Dorer, Andreas & Claudia Fehrenbach, Jürgen Grässlin, Bernhard & Birgitt Hartmann, Joachim Hermann, Wolfgang Hertle, Susanne Heuser, Bernhard Huber, Susanne Huber, Konrad Irslinger, Beate Jörg, Christel Jost, Agnes Kalbhenn, Christian & Hedi Kintrup, Christine & Stephan Kolberg, Willi Körtels, Jörg Kuenzer, Fred Lang, Jürgen Lieser, Clemens Lippok, Claudia Löffler, Johannes Maier, Savina Martinoli, Martin Maurer, Walther Moser, Gabriele & Thomas Mühl, Frieder Müller, Martina & Uli Nonnenmacher, Dieter Plappert, Jasmina Prpic, Marion Rahm, Hans-Werner Retterat, Eugen Schelling, Bernhard & Hanni Schilling, Klaus Schittig, Anton Schlatter, Hans-Christian Schoop, Ulrike Schubert, Dominik Schuldis, Günther Schüllli-Martinoli, Renate Schulz-Weiling, Stephan Schwär, Cornelius Schwehr, Irmgard & Klaus-Detlef Seiter, Werner Siebler, Christa Straub, Gertrud Uhl, Ursula Villringer-Huber, Simone Vinnay-Wolf, Gertrud Wolfer, Ingrid Waibel, Markus Weber, Hayo Wetzlar, Günter Wolf, Gertrud Wolfer, Gabi Woywode, Dr. Theodor Ziegler.

V.i.s.d.P. Jürgen Lieser, Alemannenstraße 2a, Wittnau



Seit 1990 im Amt in Bollschweil: Josef Schweizer



Seit 2006 im Amt in Pfaffenweiler: Dieter Hahn

Schweizer will kandidieren

In Bollschweil und Pfaffenweiler wird im Herbst der Bürgermeister gewählt – Hahn ist unentschieden

Von Gabriele Henicke und Sophia Hesser

BOLLSCHEWIL / PFAFFENWEILER. Die Bürger von Bollschweil und Pfaffenweiler dürfen noch in diesem Jahr zur Wahlurne gehen. Bürgermeisterwahlen stehen an. Josef Schweizer, der seit 1990 Bürgermeister von Bollschweil ist, hat jetzt erklärt, dass er zur Wahl am 9. Oktober antreten werde – er strebe eine fünfte Amtszeit an. Dieter Hahn, der seit 2006 Pfaffenweilers Bürgermeister ist, hat noch nicht entschieden, ob er am 25. September auf dem Stimmzettel stehen wird.

BOLLSCHEWIL

Josef Schweizer kandidiert ein weiteres Mal für das Amt des Bürgermeisters von Bollschweil. Für den 66-Jährigen wäre es die fünfte Amtsperiode. 1990 wurde Josef Schweizer erstmals in das Amt gewählt. „Der Beruf macht mir nach wie vor Spaß, ich bin noch einigermaßen fit, warum also sollte ich nicht weitermachen?“, sagte Schweizer in der jüngsten Gemeinderatsitzung. Im Vorfeld der Entscheidung habe er mit vielen Menschen gesprochen, natürlich auch mit seiner Familie, die die erneute Kandidatur unterstütze. Die Amtszeit Schweizers endet am 30. No-

vember. Als Wahltag legte der Rat den 9. Oktober fest, ein zweiter Wahltermin würde am 30. Oktober stattfinden. Bürgermeisterstellvertreter Wolfgang Mangold, der die Abstimmung über die Termine leitete, wünschte sich, dass eine echte Wahl mit mehreren Kandidaten stattfindet und ein fairer Wahlkampf geführt wird, der von Wertschätzung geprägt ist.

Die Amtszeit von Bürgermeistern beträgt acht Jahre. Im Falle von Schweizer würde dessen fünfte Amtszeit, sollte er gewählt werden, aber früher enden, und zwar mit Ablauf des Monats, in dem er das 73. Lebensjahr vollendet hat. 2015 hat die Landesregierung diese Altersgrenze angehoben. Ob er womöglich schon deutlich vorher aufhören könnte, darauf will Schweizer sich nicht schon heute festlegen. „Ich schaue einfach, wie es mir gesundheitlich geht. Alles Weitere wird sich ergeben. Zuerst muss ich gewählt werden“, sagt er.

Fünf Amtszeiten sind eine Seltenheit, doch sie kommen vor, wie einige Beispiele aus Südbaden zeigen: Der Bürgermeister von Hög-Ehrsberg, Bruno Schmidt, ist seit 1983 – also 39 Jahre – im Amt. 2008 wurde Hermann Litterst, Bürgermeister von Ortenberg, nach 39 Jahren verabschiedet. Ein Jahr später ging Teningens Bürgermeister Hermann Jäger nach 41

Jahren in den Ruhestand. Im Landkreis hat Josef Hügele bis 2015 vier Amtszeiten lang sowie zuvor ein Jahr als Amtsverweser die Geschicke Marchs gelenkt.

PFAFFENWEILER

Er wolle niemanden auf die Folter spannen oder verärgern, erklärte Pfaffenweilers Bürgermeister Dieter Hahn in der jüngsten Ratssitzung. Er müsse noch ausloten, ob er der Gemeinde nach zwei Amtszeiten noch guttue und ob umgekehrt ihm die Gemeinde und die Arbeit noch guttun. Die zweite Frage kläre er mit seinen engsten Vertrauten. Er machte keinen Hehl daraus, dass besonders die zweite Amtszeit mit der Flüchtlingskrise und der Pandemie an den Kräften gezeht habe. Dennoch habe er weiterhin Lust, Themen anzugehen. Optionen, mit seinen 57 Jahren beruflich noch etwas anderes zu machen, gebe es, erklärte Hahn. Und richtete an die Gemeinderäte: Die Frage, ob er der Gemeinde guttue, „können nur Sie beantworten, und es wäre gut zu wissen“. Er wolle bei dem Thema einen offenen und ehrlichen Umgang und keine Bauchpinselei, betonte Hahn.

Die Wahl wurde auf den 25. September terminiert, ein möglicher zweiter Wahltermin auf den 16. Oktober, die Kandidatenvorstellung auf den 16. September.

Schüler spenden 8000 Euro für Ukrainer

Lehrerin der Jengerschule Ehrenkirchen will mit Spendenlauf-Erlös Menschen im Kriegsgebiet helfen

EHRENKIRCHEN (she). Schüler laufen für die Ukraine – beim Spendenlauf der Jengerschule kamen am Mittwoch 8061 Euro zusammen. Das Geld wird der Lehrerin Andrianna Schimon zur Verfügung gestellt, die seit zwei Jahren an der Ehrenkirchener Schule arbeitet. Sie kommt aus der Ukraine und unterstützt mit Familie und Freunden Menschen im Kriegsgebiet sowie Geflüchtete.

480 Kinder haben beim Spendenlauf auf dem Schulgelände mitgemacht und konnten im Anschluss Geld in die Spendenkiste werfen. „Das ist eine beeindruckende Summe und ein tolles Zeichen für Solidarität und Zusammenhalt“, sagt Schulleiter Gerd Günther.

„Ich war überwältigt von der Summe“, sagt Lehrerin Andrianna Schimon. Das gebe ihr und den Helfern vor Ort Kraft und „zeigt, dass wir nicht allein sind“. Zu Beginn des Kriegs hat sie in ihrem Umfeld Spenden gesammelt, und Verwandte und Bekannte im Land haben damit hauptsächlich Lebensmittel in die Ukraine gebracht, die nicht ins Land gelangt waren. Auch wurden Orte, die angegriffen wurden, mit Medikamenten versorgt.

Ihre Familie lebe in der Westukraine und sei gut vernetzt, erzählt Schimon. Dort habe man viele Schulen oder Kindergärten umgebaut zu Flüchtlingsunterkünften. Mit Spenden werden Matratzen und Decken beschafft. Außerdem würden Strom und Gas bezahlt, deren Preise



Schüler haben für Andrianna Schimon (Mitte) und ihre Familie gespendet.

mittlerweile enorm hoch seien, erklärt Schimon. Auch kauften die Helfer vor Ort Material für Soldaten. „Die Bürger sollen völlig schutzlos in den Kampf ziehen“, so auch ihre Verwandten, deshalb sollen etwa Sicherheitswesten, Funkgeräte und Handschuhe gekauft werden.

Das meiste könne man noch in der Ukraine selbst kaufen oder aber in Nachbarländern und dann ins Land bringen, erklärt die Lehrerin. Sie habe zunächst überlegt, Hilfstransporte in die Ukraine zu organisieren, doch mit Geld und dem Kauf vor Ort könne man die ukrainische Wirtschaft unterstützen, das sei auch wichtig. Letztlich werde jeden Tag neu

geschaut, was gerade gebraucht werde. In der Schule wolle sie zwar nicht ständig über den Krieg sprechen, denn die Schule gebe ihr derzeit Kraft und Sicherheit und zeige, dass es weitergeht. Vielleicht könne sie eine Verbindung sein und zeigen, dass hinter den abstrakten Geschehnissen immer Menschen steckten. „Der Spendenlauf hat auch gezeigt, dass die Schule ein Ort der Begegnung ist.“ Schimon dankt für die „unbezahlbare Hilfe“, die eine große Stütze für die Ukrainer sei. Die Schüler seien „herzallerliebste“, es vergehe keine Stunde, in der ich nicht gemalte Bilder mit der ukrainischen Flagge oder dem Peace-Zeichen bekomme.“